

Walhallen-
Operetten-Theater
Täglich 7,10 Uhr.
Die Faschingsfee.
Opie v. Emerich Kalman.
Sonntag 3, Uhr:
Frau Holle
oder
Prinzess Tausendschön.

Kaffee Molke
Magdeburgerstr. 6
Solisten Abend.

Konzert-Verlegung!
Adalbert Lieban und Käte Mann,
beide vom Palast-Theater in Berlin,
können Ihnen
Frohen Abend
erst am
Dienstag, d. 25. Febr. 1919, abds. 7, 8 Uhr abhalten.

Stadt Theater
Freitag, den 21. Febr. 1919,
Anfang 7, Ende 10 1/2 Uhr:
Der arme Heinrich,
Oper von Hans Pfitzner.
Sonabend nachm.:
Maria Stuart
Sonabend abnd.:
IV. Sinfonie-Konzert.

Thalia-Theater.
Sollspiel 2296
des Stadttheaters Berlin
Sonntag, den 16. Febr. 1919,
abends 7 1/2 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
Komödie von Otto Ernst.
Seit ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer, Esszimmer,
tunlich, Neuland-Schränke, Verti-
kales, Sofa, Stühle, etc. (je nach
Anzahl) empfiehlt 2050
K. Sehlke, Auhemstraße, 7.

Buchhandlung
der **Volksstimme**
Georg Urichstraße 27.
Wieder eingetroffen:
Wahlelekt
zur verfassunggebenden deutschen
National-Verammlung.
Preis: 30 Pfg.

Winter's Heiliche
COMBUSTIN
Anwendung für
Kochherde, Öfen, Heiz-
kessel, etc. Adressen
Freischäden wunderbar
für Haus.
Ersuchen an den nachsteh.
in Buchen zu 1,50 u. 3 Pfg.
Abgabe Hersteller
F. Müller jr. Chem. Fabrik
Fährbrücke.

Reparaturen
an
Uhren
übernimmt bei jeder Ausbesserung
zu normalen Preisen
Kurt Ungler, Uhrmacher
St. Rita str. 15 Mitte Markt,
Gr. Steinstr. 85 gegenüber
Barfüßerkirch. 2096

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. Saalkreis.
(Alte Partei).
Freitag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr
finden in folgenden Lokalen
Distriktsversammlungen
statt
Für die Distrikte 8-10 im Restaurant „Zum Derflinger“,
Ecke Luther- und Marienstraße.
Für die Distrikte 5-7a im Restaurant „Zur Reichskrone“,
Unterplan.
Für die Distrikte 1-4 und 11-14 im „Gewerkschaftshaus“,
Hof 42/43.
Für die Distrikte 16-20 im Restaurant „Schmelzers Höhe“,
Fritz Emmer, Wühldorferstr. 10.
Tagesordnung:
Beipredung der Kleinarbeit zu der Stadtverordnetenwahl.
Alle Genossen und Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.
Dem geehrten Publikum und meinen lieben Kriegskameraden, Sports-
freunden, Bekannten und Vereinen zur werten Kenntnis, dass ich mit dem heu-
tigen Tage
„Käppels Restaurant“,
Gr. Steinstrasse 37,
übernommen habe.
Es wird mein Bestreben sein, das Beste in Küche und Keller zu bieten.
Gleichzeitig empfehle ich den titl. Vereinen mein grosses Vereins-
zimmer und Kegelbahn.
Um gütigen Besuch bitte!
M. Richard Mordhorst.

Karbid-
Lampen
Karbid (metallisch) A37
Otto Spemann, Weber-Walthe.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Grappat: n
(Kupfer-
kessel) in allen
Preislagen.
Gummisolierte
Gummibrosen
geräuswahl
Koch-, Was-
ch-, Verbräu-
stoffe
(Friedens-
ware).
Kunst,
Flanell,
Tribat-
schle, d.
Blaue- u.
Wendens
Wahl-
Apparat,
Sollspiel v.
Gummil-
Beckstoffe
C. Klappenbad
Gr. Urichstrasse 41,
Kohle-Kleinberg.

Kommunerverein für Weibens-Handwerk u. Umgegend,
c. u. m. h. h.

Am Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr,
findet in Weigensfe, Restaurant „Deutscher Kaiser“
für den Weibens-
Halbjahrs- Generalversammlung
statt, zu der wir alle unsere Mitglieder hierdurch freundl.
einladen.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Verlauf und das Ergebnis des
ersten Halbjahrs und zwar für die Zei-
1. August 1918 bis 31. Januar 1919.
2. Aussage der Verwaltung.
3. Aussage der Mitglieder.
4. Welche Artige, Gewerkschafts-Gemeinschaft,
Verbands-Unterschiedlichkeit betrefend.
Der Eintritt wird nur gegen Vorlegung der Legiti-
mationskarte gestattet.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
D. Dornbl.

Verlangen
sie
Das gute
**Scheffel-
Brot**
überall zu haben.

**Gemüse-, Blumen-,
Feld- und
landwirtschaft-
liche**
Sämereien!
Verlangen Sie die vor-
erschickene Preisliste un-
sonst und portofrei!
Max Krug - Halle a. d. S.
Talamstrasse 3 (Am Hallmarkt) 2275
Samenhandlung und Gärtnereibedarfartikel.

Freiwillige!
Das Generalkommando hat folgende neue Ausführungsbestimmungen für die Anwerbung von Frei-
willigen:
1. Alle Werbungen von Freiwilligen im Korpsbereich ohne Genehmigung des Generalkommandos sind
verboten mit Ausnahme für Haltenwehr, Ukraine, Sarde-Stav., Schützen-Ed., Freikorps Hülfes
und Wachen.
2. Die Werbeteilen Magdeburg, Halle a. S., Emdal und Lützen werden angefügt.
3. Freiwillige melden sich bei dem nächstgelegenen Garnison- oder Bezirkskommando. Sie erhalten dort
Ankunft und, soweit sie den Bedingungen (Ausgang siehe nachstehend) entsprechen, einen Meldebogen.
Jeder Freiwillige kann auf dem Meldebogen angeben, bei welcher Waffengattung (Inf., Kav., Art.,
Pion., Train, Nachz.-Trupp., Kraftfahr-Truppe pp.) er eintreten will.
Während dieses Meldebogens wird vom Garnison- oder Bezirkskommando dem Generalkommando
überliefert, das ihn an einen Truppenteil pp. weiterleitet.
4. Der Truppenteil legt sich dann mit dem Freiwilligen unmittelbar in Verbindung. Er fordert den
Freiwilligen zur persönlichen Meldung und evtl. Einstellung auf oder benachrichtigt ihn, daß von der
Einstellung Abstand genommen wird.
5. Zur Meldung beim Truppenteil sind die Militärpapiere und möglichst der Entlassungsantrag einzu-
bringen. Der Entlassungsantrag wird vom Einatz abgekauft, Vermerk in die Militär-
papiere eingetragen.
Bedingungen und Gehaltsfrage.
(Anhang aus H. S. Bl. 19, Biff. 24 u. 67.)
1. Als Freiwillige werden nur feldfähig, moralisch einwandfreie Personen angenommen mit min-
destens 17 jähriger Ironidienzeit, während der sie Verwendung fanden bei:
a) Infanterie und Art.: im Fuß-, oder Reitt.-Verbände.
b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schiff-, Regt. oder Gef.-Verbände.
c) Pioniere: im Komp.-Verbände.
d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: bei Feldformationen im Operations-
und Stappengebiet.
e) Train: bei Feld- oder Stappentruppen.
Matrikeln, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können
eingestellt werden.
2. Verpflichtung auf einen Monat, vom Einstellungstage an, mit 14 tägiger Kündigungsfrist am 1. und
15. jeden Monats. Wird die Kündigung zu diesen Fristen von einer der beiden Seiten nicht aus-
gesprochen, gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Entlassung kann nur durch den Truppen-
teil, bei dem Dienst getan wird, erfolgen.
3. Unterordnung unter die Vorgesetzten, denen Soldaten (Vertrauens-) Räte zur Seite stehen. Uner-
füllung der bisher gültigen Kriegsgesetze.
4. Gehaltsfrage: Mobiles Gehalt bzw. Zulage nach Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich und
tägliche Zulage von 5 Mark, von Einstellungstage an. Bei Verwendung außerhalb der Reichs-
grenze eine Truppenprämie von 30 Mark, die monatlich um 5 Mark bis zu 50 Mark steigt.
5. Verpflichtung, Weisung, Unterordnung erfolgt durch die Truppe. Selbstbestimmung ist unzulässig.
6. Versorgung: Freiwillige gelten als vorübergehend vom aktiven Militärdienst engagiert, im Sinne
der Militärversorgungsgesetze. Anspruch auf Familienunterstützung läuft weiter bzw. wird neu be-
gründet. Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.
7. Urlaub: Nach dreimonatlicher Dienstzeit 14 Tage Urlaub ohne Abzug der Gehaltsfrist einschließl.
Zulagen.
8. Strafen: Bei Disziplinarstrafen (Arrest) fällt die Zulage, bei gerichtlichen Strafen, Zulage und
Truppenprämie fort. Bei unerlaubter Entlassung erlöschen alle Ansprüche auf Gehaltsfrist, überhöhen
Beträge sind einzuziehen oder später anzurechnen.
Magdeburg, den 17. Februar 1919.
Von Seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
gez. v. dem Hagen.
Der Zentral-Soldatenrat.
gez. Anders.

**Weidenruten - Kartoffel-
und Rübenförbe**
10 Regen Inhalt
62 Pfund Inhalt
à Stück 5,00 Mark
(einst. lieferbar)
Rich. Dühring - Dühringhof, Provinz Gumbinnen.

**Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.**
Verlag der Volksstimme
Gr. Urichstr. 27.

Beste Schultornister
Schultaschen
Aktentappen
Markttaschen
Rucksäcke
Gamaschen
praktische bessere
Handkoffer
für Damen, Hosenträger,
Geldscheintaschen,
Brieftaschen, Zigarrenetuis
zu mäßigen Preisen.
Paul Göldner,
Koller- und Lederwarenherb.,
Halle a. S., Leipzigerstrasse 79.
Fernsprecher 5676
Alle Reparaturen schnell und billig.

Sozialisierung, Wirtschaftsplan und Verwaltungswirtschaft.

Schärfer denn je ist die Frage der Sozialisierung in den Vordergrund getreten. Während in den meisten Fällen die Frage zur Debatte steht, ob wir sozialisieren sollen, meinen wir, daß diese Frage schon durch den Zwang der Verhältnisse beantwortet wird und daß es wichtiger ist, die Frage zu stellen und zu beantworten: Wie sozialisieren wir?

Privatdozent Dr. Reuertz, der in Gemeinschaft mit Professor Krauß und Edmund die Welt für die Sozialisierung Sachverständiger hat, hat über obiges Thema vor Redatoren der Wissenschaft und der Arbeiterschaft Vorträge gehalten und hat damit in Chemnitz und Dresden mit seinen Ausführungen, vor allem bei allen Zeiten der Arbeiterschaft, großen Beifall gefunden. Demnach hält er die gleichen Vorträge auch in Leipzig. Dr. Reuertz entwickelt dem Sinne nach ungefähr folgendes:

Sozialisieren bedeutet, eine Wirtschaft planmäßiger Verwaltung durch die Gesellschaft für die Bevölkerung zu führen. Die Verstaatlichung irgend eines Betriebes, die Beschäftigung durch einen Arbeiterrat hat mit Sozialisierung nichts zu tun, denn hier fehlt, was die Hauptfrage ist, die Eingliederung in einen Gesamtplan. Der Marxismus hat immer damit geredet, daß eine hochorganisierte Wirtschaft mit ihren Kartellen, Syndikaten usw. vom Volke übernommen werden kann. Heute allerdings ist die Konzentration noch nicht vollendet, sie muß erst durch den Sozialismus vervollständigt werden, um die Sozialisierung ganz wirksam werden zu lassen. Die bisher bestehende freie Verkehrswirtschaft mit ihren Kriegen, der Arbeitslosigkeit, ihrer Zerplitterung und Kraftverschwendung durch Konkurrenz, Restrukturierung, eine unheimliche Verschwendung der Wirtschaft, die von der Enge der Wirtschaft, des Wohlstands und der Verzögerung befreit. Die Verwaltungswirtschaft, wie sie die Sozialisierung anstrebt, schafft nicht nur eine sozialistische Verteilung der Lebenslagen, welche auf Grund persönlicher Leistungen und Eigentümlichkeiten erfolgt, sondern sie ist auch wirtschaftlich, indem sie die Anarchie des Marktes und eine Reihe von Kraftvergeudungen beseitigt. Die Verwaltungswirtschaft ist ohne Zweifel der bestehenden Wirtschaft überlegen, ihre Einführung schafft Verbesserung und Steigerung der Produktion. Natürlich hat die Verwaltungswirtschaft auch Mängel, sie zu beseitigen, bedarf es besonderer Maßnahmen. Als Grundlage bedarf die Verwaltungswirtschaft eines Wirtschaftsplan, einer umfassenden Universalstatistik, um die Produktion, die Rohstoffe und Energiebewegung, die Fabrikation usw. verfolgen zu können.

Eine solche umfassende Wirtschaftsstatistik fehlte in der Verkehrswirtschaft. Das Geschäftsgeschehen verhielt sich als unvollständiges, die Regierung war nicht orientiert, der einzelne Bürger entbehrte der Einsicht in das Wirtschaftsleben. Ein demokratischer Staat muß aber seinen Bürgern diese Einsicht gewähren. Die Wirtschaftspläne zeigen, welche Möglichkeiten ein Staat vor sich hat. Um den gewöhnlichen Plan durchzuführen zu können, bedarf es besonderer Einrichtungen, einer Ausdehnung der Großunternehmen, und in gewissen Fällen der Verstaatlichung. Letzteres bedeutet das Unterwerfen der Wirtschaft unter die Macht der Gesellschaft. Um die Sozialisierung sofort in Angriff nehmen zu können, bedarf man eines Zentralwirtschaftsamtes, welches die Sozialisierung einheitlich durchzuführen hätte. Die erforderlichen Wirtschaftspläne hätte eine Nationalrechnungszentrale zu entwerfen. Eine Nationalrechnungszentrale hätte für die einheitliche paratale Verwendung aller Kräfte und eine einheitliche arbeitssparende Betriebsrichtung zu sorgen, Arbeits- und Verfahrungsfragen zu fördern. Eine Ausdehnung und Verstaatlichungszentrale hätte einerseits die Staatsbürger über die gesamte Wirtschaftsfrage zu unterrichten, ihnen klarzumachen, warum eine bestimmte Menge Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Andererseits hätte sie dafür zu sorgen, daß von den unteren Stellen die Wirkung aller durchgeführten Verfügungen unmittelbar der leitenden Stelle mitgeteilt werden. Schließlich hätte eine Kontrollstelle, aus Arbeitern, Unternehmern, Regierungsbeamten und unbeteiligten Sachverständigen zusammengesetzte zentrale Kontrollstelle die Durchführung aller zentralen Verfügungen zu überwachen. Die Ausführung der Verfügungen der Kontrollorgane hätte eine einheitliche Verhältnisse und die Nationalisierung der Arbeit in Betracht. Vor allem müßte die Durchführung planmäßiger Wirtschaft durch Zwangsindikatoren sichergestellt werden, denen die Verstaatlichung vieler Betriebe folgen kann. Der Innenbedarf vermindert dabei, im internationalen Verkehr tritt der Kompensationsverkehr auf.

Entscheidend für die Sozialisierung ist die Verwendung der vorhandenen Kräfte. Wenn das Unternehmen fällt, so kann man die alten Unternehmer in neuer Funktion als Diener der Sozialisierung verwenden. Die Durchführung der Sozialisierung. Damit ändert sich weit die soziale Eignung. Ein Volk, das seine Arbeitsentkommen für die früheren Unternehmer, als eine niedrige, aber arbeitstote Rente. Wenn aber arbeitstote Renten ausgesetzt werden, so muß die Aufrechterhaltung der durchschnittlichen Lebenslage der Unternehmer das Ziel sein. Die Einkommensstelle, welche durchschnittlich der Betriebsverweigerung dienen, kommen für die Entscheidung nicht in Frage. Die Verwaltung früherer Unternehmer begegnet manchem Widerstand; jedoch das dauernde Wirtschaften einer lebenden Gruppe nicht möglich. Ein Volk, das seine Wirtschaft wirklich beherrscht, kann alle Kräfte einsetzen und ein Herz, überflüssiges Gebilde schaffen.

Der Kapitalismus ist heute ein ausgebrannter Krater, der Sozialismus will neues Leben aus den Ruinen erwecken, er allein wird uns zu einer gesunden, rationalen Wirtschaft führen können. Mensch und gerade von unabhängiger Seite ist den Gewerkschaften der Vorwurf der mangelnden Initiative bei der Sozialisierung gemacht worden. Der Vorwurf ist auf alle Fälle unberechtigt, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit will Ernst machen mit der Sozialisierung, hier darf man nicht verkennen, daß die gleiche Entschlossenheit, wie die Arbeiterschaft, auch die nationalökonomische Wissenschaft aufbringen muß, um die Sache zum guten Gelingen zu bringen. Der Sozialismus kann auf alle Fälle eine größere Mannigfaltigkeit herbeiführen, als die freie Verkehrswirtschaft. Der Handel mit dem Ausland ist in einem sozialistischen Staat ebenso möglich, wie im kapitalistischen. Nur den Staat, der zuerst sozialisiert, besteht die Möglichkeit, eine Monopolstellung im Weltverkehr zu erhalten. Allerdings vor Gebieten bei der Sozialisierung muß dringend gewarnt werden, ebenso wie mit harten harten Willen muß aber an die sofortige Sozialisierung der gesamten deutschen Volkswirtschaft gegangen werden, um Wohlge des deutschen Volkes, zum Wohle der Menschheit.



An die Parteigenossen und Genossinnen des Bezirks!

Die Wahlen zu den Nationalparlamenten für das Reich und für Preußen haben weit höhere Ansehen verursacht, als wir vorausgesetzt haben. Es sind deshalb noch viel Ausgaben zu bedenken. Wir bitten daher die Genossen dringend, die freiwilligen Sammlungen noch fortzusetzen, um auch unsererseits einen größeren Teil der Kosten zu decken. Von der Hauptkassette haben wir bereits einen so hohen Zuschuß erhalten, daß es unsere Pflicht ist, auch selbst eine größere Summe durch Sammlungen anzubringen.

Wir sind überzeugt, daß die Genossen Verlangen für die Notwendigkeit weiterer Sammlungen zeigen und sich demnach zur Sammlung widmen werden.

Der Bezirksvorstand.
J. A. R. Drescher.



Zu den Gemeindevahlen. Stadtmütter.

Von Schwester Lydia Ruchland.

Zum dritten Male innerhalb weniger Wochen rufen die Frauen auf zum Wahlkampf. Aller guten Dinge sind drei. Woran es wohl liegen haben mag, daß die Beteiligung an den Gemeindevahlen erheblich nachgelassen hat? Aber der Reich der Republik? Glaubt man an einen schnellen Erfolg, an denbeständige Resultate in Bezug auf die Nationalparlamenten? Und weil da noch nichts zu greifen war, jagte man sich: Was hat es für'n Zweck, die ganze Wählerlei? Die Wahl? Kannst du und Frauengedanken sind ideologisch. Und diese Dinge für die letzten wenig Zeit. Das Heißt ist dem Kandidaten näher wie der Kopf. Und so darf man folgern, daß die Kommunalpolitik jedem Einzelnen (auch den Frauen) härteres Interesse abringt wie die Reichs- und Staatspolitik.

Die Wahlen am 2. März haben eine besondere Bedeutung: nimmt werden auch Stadtmütter ihren Einzug ins Rathaus halten in Stadt und Land. Inoffiziell sind gerade in den Kommunalwahlen eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, von denen man nur schwer begreift, daß sie Jahrbildung ohne die Mitwirkung der Frauen gelöst werden. Denn was ist eine Stadt, eine Gemeindevverwaltung anders als ein Familienhaushalt im Großen? Man darf sich leicht vorstellen, daß eine Frau der Leitung eines Haushaltes auf Grund ihrer Erziehung und natürlichen Veranlagung zweimal besser gemacht ist als ein Mann. Gleichwohl übernahm er die Hausverwaltung der Gemeinde mit absoluter Selbstherrlichkeit, die Frauen wurden nur nichts befragt.

Manch ein Haus wird praktischer gebaut, mancher Weg zweckmäßiger angelegt worden, hätten die Väter und die Frauen vorgelegen. Haben wir die wir jetzt haben in sozialer Arbeit stehen, nicht Hunderte von Männen ausruhen müssen: so etwas konnten nur die Männer tun, man merkt, hier hat man keine Frau gefragt. So heißt es an die Zeiten-Einstellung eines modernen Frauenhauses mit den unendlich vielen Möglichkeiten von Schülern, Geissen, Hähnen, Stangen. Da kann sich das Personal auf die Seele aus dem Dabe blank poken. Von Baumaterial abgesehen, aber die Jahre losbare Zeit, die damit verbunden wird. Und anstatt große Spähige einzubringen, wo man die gebrauchte, mit Frontverleihen behaltete Weiche hantierenlassen lassen kann, müssen sich die Männen mit den ihmären Köben treppauf, treppab plagen. Eine praktisch veranlagte Stadtmutter wird sich ihren Einfluß auf seinem Gebiete entgegen lassen. Jede Kommission ohne Ausnahme muß mindestens einer Frau — Gott! mir sind je so helfen — Sitz und Stimme geben.

Die Ernährungsfrage, die Wahrung der Frauen weigertes Gebiet. In der Wohnungsaufsicht übersteht eine Frau die Situation mit größter Klarheit, als dies einem Mann immer möglich sein wird. Wo es um die Gesundheit und die Erhaltung der Frauen geht, wird man sich mit der Wohnungsaufsicht zusammen, hier werden die Stadtmütter eine glückliche Ergänzung zu den Stadträtern bilden. Der Mann wird meist der großzügige Teil sein, die Frau

ist aufs nachgelagerte eingestellt, wie ihr Beruf als Hausfrau dies mit sich bringt. Jeder wird von andern lernen können, lernen müssen. Von weiniger Mitarbeiter werden wir Großes erwarten dürfen, besonders auf dem Gebiet der Wohlfahrtspolitik. Hier kann sich der mütterliche Sinn einer solchen Frau vollumfänglich herausstellen, gerade hier fehlt trotz vorhanen Mitarbeiter der Geist in einem Einfluß der Frau.

Denn, das muß erachtet werden: die Stadtmütter soll keine Sanktion darstellen, nicht hoch zu und Arnen lassen, sie soll anregendes, neues Leben in die Gemeinde bringen, sie soll die Wohlge, schöpferische Gedanken erwecken. Die Männen müßen es lernen: legt sich Frauen an der Arbeit, ihr Geist geht um, man hört es auf allen Gebieten. Und vergrößert der Mann in Folge seiner geistigen Kräfte und Fröhlichkeit vielfach die Möglichkeit, so wird ihm die impulsive Frau in der Bigistie über sein, das wird sich wohlmeinend dokumentieren auf dem Gebiete der Armen, Frauen und Kinderpflege. Wer die Weibengänge Hinführender mitangehen will, muß sie höher im Alter eine Anzahl Inhabanten, als die sich auf lebendigen Anstimmeln langsam, aber unverdrossen zum Ziele führen.

Wenn die Frauen am 2. März zu wählen, können sie sich tatsächlich ein Glück wünschen, das ihnen die glücksame Zeit wie dieses zutrifflender machen werden. Von bürgerlicher Haltung fast immer und stets die Dente! Bis hierher und nicht weiter! Wir können nur ein Wort sagen! Aufwärts! Darum Frauen, Männen, Mütter, beherzigt die Wahlung. Bleibt am 2. März der Wahl nicht fern! Diesmal wird über die Zukunft sichtbar und unendlich auf eigenen Leiden pilzen. Wählt! Aber wählt die Liste der alten sozialdemokratischen Partei!

Aber nur im Rahmen einer sozialistischen Zusammenfassung Stadtmütterhaft ist ein glückliche Haltung fast immer und stets die Dente! Bis hierher und nicht weiter! Wir können nur ein Wort sagen! Aufwärts! Darum Frauen, Männen, Mütter, beherzigt die Wahlung. Bleibt am 2. März der Wahl nicht fern! Diesmal wird über die Zukunft sichtbar und unendlich auf eigenen Leiden pilzen. Wählt! Aber wählt die Liste der alten sozialdemokratischen Partei!

Städtisches und Provinziales.

Halle, 20. Februar 1919.

Eine große öffentliche Versammlung

aller Staats- und Kommunalbeamten, männlicher und weiblicher Angestellter und Hilfsarbeiter in Staats- und Gemeindebetrieben findet am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Gr. Weinstraße, statt. Der Zentralvorstand des Verbandes der Staatsangestellten und Mitglieder der Nationalparlamentarier, Genosse Karl Siebel, Berlin, hat das Referat übernommen. Da Genosse Siebel als genauer Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Angestellten bekannt ist, so kann jedem Beamten und Angestellten der Besuch der Versammlung empfohlen werden. Ganz besonders sind auch zu dieser Versammlung die kommunalen Beamten zu ermahnen.

Distriktsversammlungen.

Am Freitag, den 21. Februar, finden folgende Distriktsversammlungen statt:
Im Restaurant „Zum Deutschen“, Ecke Luther- und Merseburgerstraße für die Distrikte 8-10.
Im Gemeindefausthaus, Burg 12/14 für die Distrikte 1-4 und 11-14.
Im Restaurant „Zur Reichskrone“, Unterplan, für die Distrikte 5-7a.
Im Restaurant „Schmeißer Höhe“, Reichs-Emmer, Eisenhofstraße 19, für die Distrikte 16-20.
Da die wichtigsten Maßnahmen besprochen werden sollen, ist es Pflicht, an jedem Abende teilzunehmen.
Keiner darf fehlen. Der Vorstand.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Scheinbar haben nunmehr alle Parteien ihre Vorarbeiten zu den Stadtverordnetenwahlen abgeschlossen und sind mit ihren Listen an die Dezentralität getreten. Für die am 2. März stattfindende Wahl sind nicht weniger als sechs Listen aufgetaucht. Neben der Liste der alten sozialdemokratischen Partei, die mit dem Namen Klees beginnt, werden um die Stimmen der Wähler die Liste Hennig (Unabhängige Sozialdemokratie) mit 66 Namen; Liste Ritter (Deutsche demokratische Partei) mit 45 Namen; die Liste Knauer (Deutsche Sozialisten) mit 29 Namen; die Liste Kuhn (Deutschnationale) mit 44 Namen; und schließlich noch eine parteilose Liste, die mit dem Namen Franz Hoff beginnt und auf der 18 Namen stehen.

Maunmangel hindert uns, die sechs zur Wahl stehenden Listen vollständig zum Ausdruck zu bringen. Das Volk soll veröffentlicht, unsere eigene Liste, über aber, ob mit oder ohne Absicht wollen wir dahingestellt sein lassen, alle auf unserer Liste stehenden, in Form oder Werkstoff fähigen Arbeiter und sonstige markante Vertreter anderer öffentlicher Stände. Es sollte jedenfalls nie wieder mal dokumentiert werden: Gott, so steht die Liste der „Regierungssozialisten“ aus, mit Arbeitern hat diese Partei nichts mehr zu tun. Demgegenüber stellen wir fest, daß unsere Liste anders aussieht, als sie das Volk sieht. Brodter, daß J. B. neben anderen ein Arbeiter, der Bruder Albert Müller, an dritter Stelle unserer Liste steht und unbedingt gewählt wird, während der erste Arbeiter auf der unabhängigen Liste erst an vierzehnter Stelle steht. Also wenn man schon eine Liste veröffentlicht, dann auch objektiv und nicht einseitig, einfach nachvollziehbar und dem Wahlnutzer dadurch ein Gesicht gibt, daß er tatsächlich nicht hat.

Stimmzettel zur Stadtverordnetenwahl.

Gemäß der Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren vom 1. Januar 1919 und gemäß der 24 der Wahlordnung vom 1. November 1918 wird die Größe der Stimmzettel für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung mit 11:14 Zentimeter festgelegt.
Stimmzettel dieser Größe können ohne Schwierigkeit hergestellt in die amtlichen Wahlbüchsen eingesetzt werden, doch bedarf es beim Bedienen derselben, daß die Wähler die Stimmzettel vollständig in die Wahlbüchsen legen.
Der Stimmzettel ist nach § 42 der Wahlordnung gültig angesetzt, wenn er mindestens den Namen eines Wählers und den

